



Abstimmungsvorlage vom 23.09.2018

Volksinitiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)»

In Kürze

Das Initiativkomitee ist der Auffassung, dass der globale Handel mit Nahrungsmitteln klare ökologische und soziale Leitplanken braucht. Die Fair-Food-Initiative will das Angebot an Lebensmitteln stärken, die von guter Qualität und sicher sind und umwelt- und ressourcenschonend, tierfreundlich und unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt werden. Dies gilt gleichermaßen für Lebensmittel aus der Inlandproduktion und für importierte Lebensmittel.

Produkte aus naturnaher, bäuerlicher Landwirtschaft, fairem Handel sowie aus regionaler und saisonaler Produktion und Verarbeitung sollen einen Marktvorteil erhalten. Die Auswirkungen von Transport und Lagerung auf die Umwelt wie auch die Verschwendung von Lebensmitteln sind zu reduzieren. Ebenso soll die Transparenz für die Konsumentinnen und Konsumenten verbessert werden.

Hintergrund

Die Fair-Food-Initiative wurde von einem von der Grünen Partei der Schweiz getragenen Initiativkomitee lanciert. Gemäss dem Argumentarium des Initiativkomitees führt der Freihandel zu Umwelt- und Sozialdumping. Die Schweiz importiere rund die Hälfte ihrer Nahrungsmittel. Dadurch gelangten auch Lebensmittel aus industrieller Massenproduktion auf den Markt, welche auf eine Art und Weise hergestellt wurden, die in der Schweiz nicht zulässig wäre oder zu starken Umweltproblemen führe. Solche Nahrungsmittel seien auf den Weltmärkten billig erhältlich weil sie auf Kosten von Mensch, Tier und Umwelt produziert werden. Durch die industriellen Produktionspraktiken, die auf grossflächige Monokulturen, Massentierhaltung und chemische Stoffe setze, nähmen die Fruchtbarkeit der Böden und die Biodiversität weltweit ab. Auch die Arbeits- und Lebensbedingungen der Angestellten seien teilweise äusserst prekär. Die Billigkonkurrenz der Agroindustrie führe zu einem Öko- und Sozialdumping und setze die bisherigen Errungenschaften bei der Lebensmittelqualität unter Druck. Das Nachsehen hätten Bäuerinnen und Bauern wie auch die Konsumentinnen und Konsumenten. Durch das geplante Transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) drohe sich diese Ausgangslage zusätzlich zu verschärfen.

Dokumente

Botschaft des Bundesrats:	https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2016/8391.pdf
Bundesbeschluss :	https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2018/1475.pdf

Empfehlung

Bundesrat, Nationalrat (139:37, 17 Enthaltungen) und Ständerat (37:1, 7 Enthaltungen) empfehlen eine Ablehnung der Initiative.

Argumente

Pro https://fair-food.ch	Kontra https://www.economiesuisse.ch
<ul style="list-style-type: none">• Glückliche Tiere ohne Tierfabriken: Die Fair-Food-Initiative stärkt das Tierwohl, so dass Importe von Fleisch und Eier aus Massentierhaltung nicht mehr in den Verkaufsregalen landen.• Faire Arbeitsbedingungen statt Ausbeutung: Billige Lebensmittel sind mit fairen Löhnen nur schwer vereinbar. Skandalöse Arbeitsverhältnisse sind bei der Herstellung von Lebensmitteln weit verbreitet – auch in Europa - und gehören beendet.• Vielfalt statt Einfalt: Mit der Fair-Food-Initiative wird die ressourcen- und klimaschonende Herstellung von Lebensmitteln gestärkt Sie fördert damit die naturnahe Landwirtschaft und den Schutz der Natur und der Artenvielfalt. Nachhaltig produzierte Lebensmittel sollen gegenüber umweltschädlichen Produkten aus industrieller Landwirtschaft einen Marktvorteil erhalten.• Mehr regionale und saisonale Lebensmittel: Sie sollen im Vergleich zur globalen Agroindustrie einen Marktvorteil erhalten. Das schafft zusätzlich Transparenz und Vertrauen und bringt wirtschaftliche Vorteile für die Region.• Gutes auf den Teller statt in den Müll: Die Initiative verlangt Massnahmen gegen die Lebensmittelverschwendung.	<ul style="list-style-type: none">• Kaum umsetzbares Bürokratie-Monster: Die Initiative verlangt vom Staat, einen umfangreichen und teuren Kontrollapparat aufzubauen, um die Einhaltung der staatlichen Anforderungen zu überprüfen und sicherzustellen.• Gefährdung von Jobs in der Lebensmittelindustrie: Diese wird unter teuren Kontrollen und Importbeschränkungen an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen. KMUs können sich nicht mehr mit der ausländischen Lebensmittelindustrie messen.• Bruch mit internationalen Verpflichtungen: Die Initiative verletzt das Landwirtschaftsabkommen mit der EU und WTO-Regeln und führt zu einer unerlaubten Marktabschottung.• Schädlich für Detailhandel und Bauern: Durch den unvermeidlichen Preisanstieg wird der Einkaufstourismus weiter angekurbelt. Die Bauern können weniger Agrarrohstoffe (z.B. Milch) an die Industrie verkaufen. Die Nachfrage nach Schweizer Lebensmitteln wird abnehmen und die einheimischen Produzenten können sich nicht mehr von der ausländischen Konkurrenz abheben, da alle dieselben Anforderungen erfüllen müssen.• Initiative ist im Inland überflüssig und im Ausland kontraproduktiv: Schweizer Lebensmittel werden bereits fair und umweltschonend produziert. Schweizer Importvorschriften beeinflussen Produktionsmethoden im Ausland nicht.